Donnerstag, 15. Dezember 1921. Einzelnummer 15 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 243

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 40.— M, Reklameteil 120.— M. Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M, im Reklameteil 10.— M in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bekämpfung staatsfeindlicher Umtriebe.

In Nr. 232 des „Posener Tageblatts“ („Bedrohung der Pressefreiheit“) wurde auf die Gefahr hingewiesen, die das jetzt in Vorbereitung befindliche Gesetz „Zur Bekämpfung staatsfeindlicher Umtriebe“ darstellt. Dieser Warnungsruf und das, was einige andere deutsche Blätter über das geplante Ausnahmegesetz schrieben, hat einen Teil der polnischen Presse zu scharfen Ausfällen gegen die deutsche Presse veranlaßt. Diese Ausfälle können den Anschein erwecken, als wären **nur** die Deutschen Gegner des vom Innenminister Downarowicz eingebrachten Gesetzentwurfes. Zum Glück ist das nicht der Fall, und eine ganze Reihe polnischer Blätter erkennt ebenso gut wie wir die Gefahr der Pläne des Herrn Downarowicz. Der Warschauer „Kurjer Polski“, der als Organ des Herrn Ministerpräsidenten gilt, bringt in seiner Nr. 320 vom 25. November einen Leitaufsatz unter der Ueberschrift „Ein fataler Entwurf“, der die Regierungsvorlage sehr scharf angreift. Der Verfasser des Aufsatzes wirft mit Recht die Frage auf, wie bei den nächsten Sejmwahlen die Freiheit der politischen Betätigung aussehen würde, wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, und schließt seine Ausführungen mit folgenden bemerkenswerten Worten:

„Leider hat unser **Sejm** bis jetzt **lauter Ausnahmegesetze** beschlossen. Er führte die **Todesstrafe** und **Standgerichte** ein. Das ist die bisherige Bereicherung der strafrechtlichen Gesetzgebung des unabhängigen Polens. In dieser Richtung schiebt den Sejm die Welle der blinden, ungesetzlichen, sinnlosen Reaktion in der Bevölkerung. Rechtsgesinnung? Wem liegt daran? Menschlichkeit? Ein fremdklingendes Wort. Freiheit? Das war gut zurzeit unserer Väter, die für die Freiheit in allen Ländern Europas in den Tod gingen. Nein, ich habe keine Hoffnung. Aber schweigen kann ich nicht.“

Die Krakauer „Nowa Reforma“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 1. Dezember (Nr. 276) unter der Überschrift „Ist eine Festigung des Schutzes der Staates notwendig?“ unter anderem:

„Es ist nötig, so zu regieren, daß in der Bevölkerung und in ihrem Leben kein Boden geschaffen wird für die kommunistische Agitation. **Aufklärung tut not**, und Polizei- und Verwaltungsorgane müssen **so** beschaffen sein, daß sie wirklich ihre Pflicht tun. Dann wird es keinem Menschen einfallen, seine Zuflucht zu Ausnahmegesetzen und barbarischen Mitteln zu nehmen, die zwar den wirklichen Umstürzlern nicht schaden werden, aber das, was an Ansätzen des **Rechts- und Ordnungsbewußtseins** vorhanden ist, gänzlich ausrotten werden.“

Der Verfasser schließt seine Ausführungen mit Wiederholung der Entschließung der Warschauer Liga zum Schutze der Bürger- und Menschenrechte, die einen Protest gegen die Regierungsvorlage enthält.

Man sieht: Die deutsche Presse steht dieser Frage gegenüber nicht allein. In weitesten Kreisen der Bevölkerung — und hauptsächlich gerade in **den** Kreisen, die auf dem Boden der Achtung vor Gesetz und Recht stehen — ist man sich klar darüber, daß das von Herrn Downarowicz vorbereitete Ausnahmegesetz eine **Bedrohung der Freiheiten** darstellt, auf die der Bürger des polnischen Staates nach der Einführung der Verfassung der Republik Polen Anspruch hat, daß dieses Ausnahmegesetz eines freiheitlichen Staates unwürdig ist, und daß die **Vorlage des Herrn Downarowicz nicht Gesetz werden darf.**

Aus Oberschlesien.

Die Zukunft der Stadt Kattowitz.

Das „**Berl. Tagebl.**“ meldet aus Breslau: Polen bereitet sich jetzt vor, die Stadt **Kattowitz** zu einem Stützpunkt Polens für den polnischen Teil Oberschlesiens zu machen. Neuen Nachrichten zufolge wird Kattowitz der Sitz eines **Bistumes**, einer **Eisenbahndirektion** und der bisher preußischen staatlichen **Forsten, Domänen und Hütten**. Auch eine **Technische Hochschule** und eine **Handelshochschule** sind in Aussicht genommen. Von einer Gesellschaft, hinter der oberschlesisches, aber auch englisches Kapital steht, wird der Bau eines zehnstöckigen Bureauhauses in Kattowitz projektiert. Dieses Bureauhaus soll u. a. eine Börsenhalle, ein Hotel, ein Café und Bureauräume für eine große Bank erhalten.

Verkauf der Donnersmarckschen Besitzungen.

Beuthen, 14. Dezember. Wie hier bestimmt verlautet, sind die Besitzungen der Grafen **Donnersmarck** an ein englisches Konsortium mit dem Sitz in London verkauft worden. Die Eintragung in das Handelsregister in London soll bereits am 1. Dezember erfolgt sein. Die Gesellschaft wird firmieren: „**Henkel von Donnersmarck Beuthen Estates Ltd., London**“. Der erste Präsident der Gesellschaft ist Graf Edgar von Donnersmarck und sein Vertreter Lord Cozens-Hardy. Die technische Direktion in Oberschlesien wird keiner Änderung unterzogen, doch ist es wahrscheinlich, daß Vertreter des englischen Kapitals als Direktoren nach Oberschlesien dirigiert werden.

Ein Strich durch Frankreichs Rechnung.

Der „Temps“ alarmiert gegen die in der Berliner Presse laut gewordenen Gerüchte von einem **Verkauf der Donnersmarckschen Besitzungen** im polnisch gewordenen Oberschlesien, in Galizien und in Polen an ein **englisches Konsortium**. Die Kritik des großen Pariser Blattes richtet sich komischerweise gegen gewisse Bestimmungen des Genfer Diktats über die Aufteilung Oberschlesiens. Die Nachricht von diesem **Verkauf** sei nämlich, sagt das Blatt, **denkbar ernst**, denn in dem Augenblick, da Polen die denkbar größten Anstrengungen mache, um sich der wirtschaftlichen Vormachtstellung Deutschlands, dank dem polnischen Besitz der Gruben und Fabriken in Galizien zu entziehen, gelingt es den deutschen Kapitalisten, neue Möglichkeiten zu finden, um ihre außerordentlich starke Stellung noch zu festigen und das mit Hilfe von Kombinationen, die man hätte voraussehen können. Transaktionen dieser Art wären **nicht möglich** gewesen, sagt das Blatt, wenn man in Polnisch-Oberschlesien nicht das **Enteignungsrecht** der Warschauer Regierung suspendiert hätte.

Die Viermächte-Entente im Stillen Ozean.

Das grundlegende Abkommen. — Defensivbündnis größten Stiles.

Das vom **Senator Lodge** in der Sonnabend-Sitzung der **Washingtoner Konferenz** verlesene **Abkommen der vier Mächte** lautet wie folgt:

Die **Vereinigten Staaten**, das **britische Reich**, die **französische Republik** und das **japanische Reich** haben beschlossen, zwecks Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte betreffend ihre **insularischen Besitzungen** und ihre insularischen Dominions im **Stillen Ozean** ein Abkommen zu schließen. Zu diesem Zweck haben sie Vertreter ernannt, die sich über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

1. Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich gegenseitig, ihre Rechte bezüglich ihrer **insularischen Besitzungen** und **Dominions** im Stillen Ozean zu achten. Wenn zwischen einigen der hohen vertragschließenden Teile eine **Meinungsverschiedenheit** entsteht, die sich aus irgendeiner den Stillen Ozean betreffenden Frage ergibt und ihre obenerwähnten Rechte berührt, und wenn diese Meinungsverschiedenheit nicht auf **diplomatischem** Wege in befriedigender Weise geregelt wird und die gegenwärtig zwischen ihnen bestehende erfreuliche Harmonie zu gefährden droht, werden diese Mächte die andern vertragschließenden Teile zu einer **Konferenz** einladen, der die Gesamtheit der Fragen zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist.

2. Sollten die obenerwähnten Rechte durch die **aggressive** Haltung einer andern Macht bedroht werden, so werden die hohen vertragschließenden Teile sich untereinander in vollständiger und freimütiger Weise verständigen, um zu einem **Einvernehmen** über die wirksamsten Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder gesondert ergreifen werden, um allen **Erfordernissen der Lage** gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, **10 Jahre** lang in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes läuft es weiter mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragschließenden Teile das Recht hat, es mit **zwölfmonatiger Kündigung** zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich entsprechend den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertragschließenden Teile ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in **Washington** niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die zwischen **Großbritannien** und **Japan** am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention **aufgehoben**.

Der Vertrag vor dem Senat.

Washington, 13. Dezember. In der Plenarsitzung des Senats besprach Senator Lodge, der Präsident der amerikanischen Delegation in Abschluß des Vertrages der vier Mächte diesen Vertrag und seine Grundlagen. Er wies vor allem auf das Besitzrecht über die Inseln im Stillen Ozean, die Beschlüsse über den Schiedsausschuß und auf die allgemeine Konferenz aller vier Mächte hin, für den Fall, daß eine dieser Mächte von einem fremden Staat angegriffen werden sollte. Der Vertrag verpflichtet vorläufig für 10 Jahre, nach deren Ablauf jede der vier Mächte den Vertrag in 12 Monaten kündigen kann. Die Vereinigten Staaten machen die Unterzeichnung von dem Abschluß des Vertrages mit Japan über die Verhältnisse auf der Insel Jap und den Mandatinseln nördlich des Äquators, über die Verhandlungen stattfinden, abhängig. Dann wird das Einvernehmen über die Inseln südlich des Äquators erfolgen. Für den Fall einer militärischen Intervention, die eintreten könnte, wird eine Verständigung am Dienstag erfolgen. Die Mächte haben den festen Willen den Frieden im Stillen Ozean aufrechtzuerhalten, der auf aufrichtigem Glauben und gegenseitigem Vertrauen beruht. Lodge sprach die Überzeugung aus, daß dieses Vertrauen gerechtfertigt sein wird.

Der dritte Vertrag der Konferenz.

Washington, 13. Dezember. Nach amtlichen Erklärungen wird berichtet, daß der Vertrag der 9 Mächte über China und den Fernen Osten in der Form offizieller Verträge bearbeitet werden soll. Es wird dieses also der **dritte Vertrag** nach der Festlegung der Flottenstärken und der Verständigung der vier Mächte sein, der in Washington geschlossen wird. Sehr zweifelhaft ist es, ob der Washingtoner Senat den Vertrag über die Verständigung bestätigen wird; zum mindesten wird gegen diesen Vertrag stark opponiert werden. Wenn sich der Senator **Underwood**, der bekannte Gegner Wilsons im Versailler Vertrage, den Demokraten anschließt, so entsteht eine Mehrheit von 80 Senatoren, also 16 Stimmen über die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Die Erklärung von Washington.

Washington 12. Dezember. (Telunion.) Von amerikanischer Seite wurde gestern ein Gerücht in Umlauf gesetzt, daß das Abkommen der vier Mächte über den Stillen Ozean nicht als eine Allianz oder Entente, sondern als **die Erklärung von Washington** in der Geschichte bekannt werden solle. Man hält die in dem Abkommen vorgesehenen Garantien für genügend, die **Flottenabrüstung durchzuführen**. Es gilt nur noch die Formulierungsschwierigkeiten zu beseitigen, was bei den verwickelten innerpolitischen Verhältnissen in den Vereinigten Staaten und dem Mißtrauen der Japaner viele Schwierigkeiten bieten dürfte.

Die Freude der Pariser Presse.

Die Pariser Presse äußert sich sehr geschmeichelt darüber, daß **Frankreich** in das große Pacifistenabkommen der Seemächte England, Japans und Amerika einbezogen worden ist. Der neue Vierbund, der an die Stelle der englisch-japanischen Allianz getreten ist, wird als Schutz- und Trutzbündnis bezeichnet, das sich nicht nur auf die Garantierung der Besitzverhältnisse der Inseln im Stillen Ozean beziehe.

Amerika und die Kriegsschulden.

Washington 12. Dezember. Der amerikanische Senat hat ein Gesetz ratifiziert, das besagt, daß kein Teil der ausländischen Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten aufgehoben werden kann, gleichviel ob es sich um das Kapital oder um die Zinsen handelt. Im Entwurf des Senats ist der Zinsfuß allgemein auf 5 v. H. festgesetzt worden. Die Schulden müssen spätestens bis zum Jahre 1947 zurückgezahlt werden.

Die fremden Postgebiete in China.

London, 12. Dezember. (Telunion.) Aus **Washington** wird gemeldet, daß in der Kommission für den fernen Osten, auch die chinesische Delegation wiederholt die Aufhebung der Postgebiete gefordert. Havas meldet, daß **Viviani** erklärt hat, Frankreich sei bereit, die Postgebiete aufzugeben, wenn sich die andern Mächte diesem Schritt anschließen, und unter der Voraussetzung, daß grundsätzlich die jetzigen Rechte der Privatpersonen von China garantiert werden. Havas bemerkt, es sei wahrscheinlich, daß die jetzigen Verhältnisse bestehen bleiben werden.

Briands Reise nach London.

Paris, 13. Dezember. (Priv.-Tel.) Es ist möglich, daß **Briand** schon Ende nächster Woche nach London fahren wird. Der Zeitpunkt seiner Besprechung mit Lloyd George ist aber noch nicht festgesetzt. Sicher ist auch, daß **Loucheur** mitreisen wird. Der Anteil der Loucheur an den direkten Verhandlungen eingeräumt wird, ist auffallend groß.

Es hat übrigens den Anschein, als ob auch **deutsche Vertreter** an den Verhandlungen teilnehmen sollen. Wenigstens ist **Rathenau** bei seiner Abreise von London nach Berlin durch Dr. **Fischer** vom Reichsschatzministerium abgelöst worden. Dieser ist auf dem Umweg über Paris nach London gefahren.

Die Londoner Zeitungen, darunter der „**Daily Telegraph**“, der gewöhnlich über die Regierungsabsichten gut unterrichtet ist, bringt die Nachricht, daß sofort nach der Zusammenkunft **Briands** mit **Lloyd George** in London über die Reparationsfrage mit **Amerika** unterhandelt werden soll. Lloyd George wird die Vorschläge selbst unterbreiten.

Ursprünglich war beabsichtigt, daß der Oberste Rat auch in diesem Jahre noch einmal zusammenkommen sollte, aber eine Reihe von Gründen sprechen dagegen. Lord **Curzon** ist durch die Eröffnung des Parlaments in Anspruch genommen und man glaubt ferner, daß die Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand, die ursprünglich nur einen Tag dauern sollten, sich bis gegen **Weihnachten** hinziehen werden.

London 12 Dezember. Hier herrscht die Überzeugung vor, daß die Beratungen Lloyd Georges mit Briand die Ankündigung einer **großen interalliierten Konferenz** bedeuten, deren Aufgabe es sein wird, einen modus procedendi zur Herstellung des **wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa** zu finden. Diese Konferenz kann sich leicht in eine internationale Konferenz umwandeln, an der auch Amerika teilnehmen würde. In London ist man der Ansicht, daß England und Frankreich sich dahin zu verständigen beabsichtigen, der amerikanischen Regierung eine gemeinsame Prüfung der Weltfinanzlage vorzuschlagen.

Das Programm der Verhandlung.

Über das **Programm** der Zusammenkunft Briands und Lloyds Georges wird übereinstimmend aus englischer und französischer Quelle gemeldet, daß ein großer Plan zum **Wiederaufbau Europas** und zur **Festigung der Währungen** besprochen werden soll, der von Sir John **Bradbury** und Basil **Blackett** vorbereitet wird. Die **französische** Regierung hat ihrerseits einen festen Reparationsplan zwar nicht ausgearbeitet, aber doch schon jetzt die Ziele und Anregungen festgelegt, die sie durch **Loucheur** in London vorzuschlagen gedenkt. Man will das englische Programm mit den französischen Zielen in Einklang bringen. Angeblich hat Loucheur von Lloyd George schon genaue Informationen erhalten über die Pläne der englischen Regierung und der Londoner City gegenüber Deutschland.

Die „**Chicago Tribune**“ dürfte das englische Programm in seinen wichtigsten Punkten aus allererster Quelle schon besitzen. Danach sind die drei Hauptpunkte folgende:

1. England schlägt vor, das Abkommen vom 13. August zu revidieren, das Frankreich von der Teilnahme an der ersten bezahlten Goldmilliarde ausschließt. Die Revision soll Frankreich einen bedeutenden Anteil an dieser Zahlung sichern.

2. England erklärt sich bereit, das französische Vorrecht bei der Wiedergutmachung für die zerstörten Gebiete mehr als bisher anzuerkennen.

3. England will für den ganzen Betrag seiner Forderungen an Frankreich deutsche Bons annehmen, die Deutschland bereits auf Grund des Londoner Ultimatums ausgegeben hat oder noch ausgeben wird. Weiter beabsichtigt England mit Deutschland ebenfalls ein Abkommen zu treffen, um sich Natural-Lieferungen für einen Teil seiner Forderungen an Deutschland zu sichern.

Es besteht auf englischer Seite die Absicht, auch Vertreter **Belgiens** und **Italiens** zu der Konferenz zuzuziehen und ihnen nahezulegen, mit Deutschland **ähnliche Abkommen** zu treffen, wie Frankreich sie mit Deutschland in der Form des **Wiesbadener Abkommens** getroffen hat. Belgien und Italien sind angeblich geneigt, der Einladung zu entsprechen, während es noch nicht feststeht, ob auch **Amerika** bereit ist, diesem Beispiel zu folgen.

Aus den Andeutungen der „**Chicago Tribune**“, die allerdings keinen authentischen Wert haben, geht deutlich hervor, daß Frankreichs Zustimmung zu Lloyd Georges Plänen nur mit größten **deutschen Opfern** erkauft werden soll. Wie dann später die Rechnung in ihrer endgültigen Form aussehen wird, kann man sich nach alledem, was man bisher auf diesem Gebiet erlebt hat, ungefähr denken.

Sejm.

Sitzung vom 13. Dezember.

Warschau, den 1. Dezember. Die Aussprache über die einmalige staatliche Abgabe wird fortgesetzt.

Zu Artikel 7 beantragt Abg. Kędzior den folgenden Zusatz zu Absatz 1: „Mit Ausnahme der Handels- und Bankenunternehmungen, die vor dem 1. Januar 1920 entstanden sind, und für die die Abgabe in Höhe von 15% festgesetzt wird.“

Abg. Wojdaliński will den Änderungsvorschlag des Abg. Kędzior auf alle Aktiengesellschaften ausgedehnt wissen und beantragt daß in der zweiten Zeile des Artikels 7 statt 10 Prozent 15 Prozent gesagt wird.

In der Aussprache über Artikel 8 weist Vizefinanzminister Markowski darauf hin, daß das Gesetz über den Mieterschutz nicht in der ganzen Republik gilt. Er beantragt daher folgenden Zusatz zu Artikel 9: In den Ortschaften, in denen das Mieterschutzgesetz nicht gilt, haben die in diesem Artikel erwähnten Personen die Abgabe in Höhe von 2000 Mark von jedem Zimmer oder Raum zu zahlen.

Abg Weinzieber schlägt vor, entweder den Artikel 10 ganz zu streichen oder die freien Berufe in die Bestimmung des Artikels 9 mit hereinzuziehen, mit der Änderung, daß sie statt der zweijährigen die dreijährige Miete zu zahlen hätten.

Abg. Walisiak beantragt: Die freien Berufe zahlen ein Viertel ihres Einkommens im Jahre 1920.

Abg. Rajski schlägt vor: Die freien Berufe zahlen die Hälfte ihres Einkommens im Jahre 1920.

Abg. Stapiński spricht über Artikel 12 der Vorlage. Er beantragt: Für Ropa (Rohnafta), die ins Ausland exportiert wird, wird statt 10 000 Mark 20 000 von jedem Waggon gezahlt.

Abg. Woźnicki ist mit der Tendenz der Anträge der Abgeordneten Diamand und Czerniawski zu Artikel 12 einverstanden.

Abg. Szafrański unterstützt den Antrag auf Besteuerung des baren Geldes.

Abg. Wojdaliński schlägt einen neuen Artikel 12 vor, Vizefinanzminister Markowski eine neue Stilisierung.

Abg. Srebniawski ist der Ansicht, daß die Besteuerung des baren Geldes mit Recht gefordert wird.

Der Sejmmarschall gibt bekannt: Mehrere Sejmfraktionen haben den Antrag gestellt, daß von jetzt an bis zu den Weihnachtsferien alle Reden nicht länger als 10 Minuten dauern dürfen. Der Marschall zweifelt nicht daran, daß das Haus seine Zustimmung dazu geben wird. Er hält eine Ausnahme für die Besprechung des Artikels 52 für notwendig, der eigentlich eine Zusammenfassung mehrerer Artikel darstellt. An dieser Stelle wird eine Dauer der Rede von 20 Minuten zugelassen werden müssen.

Zu Artikel 17 beantragt Abg. Rajca: Die zeite Rate der Abgabe wird im Laufe von drei Monaten (nicht 6 Wochen) gezahlt werden dürfen.

Zu Artikel 18 schlägt Abg. Stapiński Streichung des zweiten Absatzes vor.

Zu Artikel 29 beantragt Abg. Janeczek: Für Irrtümer der Verwaltung haftet nicht die ganze Gemeinde, sondern nur der Vorstand.

Zu Artikel 31, der bestimmt, daß alle Behörden mit Anschluß der Militärbehörden verpflichtet sind, die Finanzorgane bei Einziehung der Abgabe zu unterstützen, beantragt Abg. Madej Streichung der Worte „nicht ausgenommen die Militärbehörden“.

Abg. Buczny beantragt Berücksichtigung des auf der rechten Seite der Weichsel gelegenen Teiles des Kreises Warschau, auf den seiner Ansicht nach ein geringerer Multiplikator angewendet werden muß.

Abg. Kędzior beantragt einige Änderungen der Tabelle und besondere Berücksichtigung noch einiger anderer Kreise.

Abg. Władysław Grabski erklärt die Tabelle für ungerecht.

Zu Artikel 37 schlägt Abg. Poniatowski eine Änderung der Vergünstigungsskala vor.

Abg. Władysław Grabski widerspricht dem Vorredner.

Abg. Kędzior schlägt vor: Im Falle der Annahme des Änderungsvorschlages müssen die weniger als 28 Morgen bzw. 44 Morgen bzw. 5 Deßjätinen besitzenden Landwirte von der Abgabe befreit werden.

Abg. Władysław Grabski schlägt Änderungen der Artikel 88 und 89 vor.

Abg. Stolarski unterstützt den Antrag Ponatowskis.

Abg. Szczerkowski schlägt eine Änderung des Artikels 43 vor, Abg. Tatarczuk Änderungen der Artikel 46, 47.

Zu Artikel 51 beantragt Abg. Madej: Die Abgabe darf nicht bloß in langfristiger, sondern auch in kurzfristiger Anleihe abgezahlt werden.

Abg. Kowalczuk beantragt Annahme des Artikels 52 in der Fassung der Minderheit.

Abg. Grzędzielski erklärt, daß die Angelegenheit des Landverkaufs zur Deckung der Abgabe ganz und gar dem Hauptlandschaftsamt überlassen werden muß.

Abg. Poniatowski verlangt, daß die Landwirte, die gezwungen sein werden, ihren Grund und Boden zur Deckung der Abgabe zu verkaufen, ihren Besitz dem Hauptlandschaftsamt zur Verfügung stellen, damit dieser die erforderlichen Maßnahmen trifft.

Abg. Wojdaliński schlägt ebenfalls einen Zusatz vor, der die Bestimmungen des Gesetzes über die einmalige Abgabe mit dem Agrarreformgesetz in Übereinstimmung bringt.

Abg Sokołowski: bekämpft sowohl den Minderheitszusatzantrag als auch den Zusatzantrag des Abg. Wojadaliński.

Abg. Matakiewicz sieht im Artikel 52 das Fehlen einer Berücksichtigung der interessierten Parteien im Falle eines Streites. Er schlägt in diesem Sinne einen Zusatz vor.

Zu Artikel 53 beantragen die Abgg. Kowalczuk und Wojdaliński: Die Güter der toten Hand sind den Landschaftsämtern zur Verfügung zu stellen.

Bei der Besprechung des Artikels 56 bittet Abg Trzciński den Finanzminister, zu berücksichtigen, daß die Wojewodschaften Posen und Pommerellen noch Umsatzsteuer zahlen und daß daher eine Ungleichheit der Verteilung vermieden werden müsse.

Nächste Sitzung am Mittwoch um 4 Uhr nachmittags.

Ein außerordentlicher Sejmausschuß.

Warschau, 14. Dezember. Der Verwaltungsausschuß übertrug den Schutz der Grenzen und die Versorgung und Ernährung der Grenzbataillone dem Minister des Innern. Entsprechend einem Dringlichkeitsantrag des Abg. Poniatowski wurde beschlossen, einen besonderen Sejmausschuß ins Leben zu rufen, der die Amtsmißbräuche in der Wojewodschaft Posen an Ort und Stelle prüfen soll. Der Ausschuß soll sich aus sechs Mitgliedern zusammensetzen.

Die militärischen Verhältnisse in Pommerellen.

Warschau, 14. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Heeresausschusses des Sejm berührte Abg. Pfarrer Witkowski die militärischen Verhältnisse im Kreise Putzig und das Verhältnis der Truppen zu den Kaschuben jener Gegend. Der Redner belegte seine Ausführungen mit einer Anzahl von Tatsachen. Minister Sosnkowski erklärte, das im Kreise Putzig stationierte Artillerieregiment würde in das Innere des Landes verlegt und die Stärke der Marinetruppen um die Hälfte vermindert werden. Für die Zukunft ist eine territoriale Organisation geplant. Über diese Angelegenheit und einige ähnliche Fragen entspann sich eine lebhafte Aussprache, an der sich die Abgeordneten Pfarrer Wolt, Pfarrer Lutosławski und Pfarrer Maciejewicz beteiligten.

Die Wahlkreise.

Warschau, 14. Dezember. Der Verfassungsausschuß beriet über die Einteilung der westlichen Wojewodschaften in Wahlkreise. Nach einem Bericht des Abg. Buzek wurde beschlossen, die Wojewodschaft Pommerellen in drei Wahlkreise mit je 5 Mandaten zu teilen (im ganzen also fünfzehn Mandate); die Wojewodschaft Posen in sechs Wahlkreise mit zusammen dreißig Mandaten. Für Schlesien schlug der Berichterstatter sieben Mandate für den landwirtschaftlichen Teil und zehn Mandate für die Industriebezirke vor. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Die Reparationen.

Rathenaus Erfolg.

Die Unterredung, die der frühere Wiederaufbauminister mit dem Reichskanzler hatte, dauerte mehrere Stunden. Montag nachmittag um 5 Uhr ist das Reichskabinett zusammengetreten. Dr. Rathenau ist als Privatmann nach London gefahren. Er hatte keinen Auftrag von der Reichsregierung, auch von keiner der Wirtschaftsorganisationen. Ist man aber in der Lage, die Ansicht zu beurteilen, die für ein Moratorium oder für eine Kreditgewährung besteht? Darüber ist vorläufig so viel zu sagen, daß es falsch wäre, dies in allzu großem Optimismus hinzunehmen. Vielleicht legt man jetzt zu sehr das Gewicht auf die Frage um ein Moratoriumzustandekommen, aber nicht auf eine Kreditbewilligung. Nach seiner Ansicht gibt es noch mögliche Zwischenwege, die gleichfalls zu dem Ziele führen können. die eine Wirtschaftsgesundung Deutschlands für eine bestimmte Zeit sicherstellen. Ob es sich um eine wirklich dauernde Gesundung handeln könne, steht vorläufig noch dahin.

Englands Verständigungswillen gegen Frankreich.

Berlin, 12. Dezember. Von gutunterrichteter Londoner Seite wird der „Täglichen Rundschau“ geschrieben: Das britische Kabinett richtet sein Hauptaugenmerk auf die Stärkung der britischen Stellung im nahen Osten und die Sicherung der britischen Weltmachtstellung in der Richtung Suez—Singapore. Die wirtschaftlichen Sorgen um den deutschen Industriewettbewerb lassen die politischen Sorgen keineswegs in den Hintergrund treten. Auf Englands Entgegenkommen über ein minimales, von Frankreich gebilligtes Maß hinaus sollte man daher in Deutschland nicht rechnen.

Italienische Interpellation.

Rom, 12. Dezember. Der Deputierte Baglioni hat an den Minister des Äußern eine Anfrage gerichtet, die den Konflikt zwischen der Reparationskommission und der interalliierten Militärkontrollkommission in der Frage der Interpretationen und Anwendung der Artikel 168 und 169 des Versailler Vertrages zum Gegenstand hat. Durch die Anfrage soll Aufklärung geschaffen werden über die Rolle, welche die italienischen Vertreter bei den Bedrückungen spielen, denen die Deutschen Werke von seiten der Militärkontrollkommission ausgesetzt sind.

Deutschland soll für Frankreich Schiffe bauen.

Nach einer Meldung des „Matin“ hat sich der französische Ministerrat am Dienstag mit der Frage beschäftigt, ob Frankreich von dem im Versailler Vertrag niedergelegten Recht Gebrauch machen und Schiffe auf deutschen Werften bauen lassen solle. Der „Matin“ warnt davor, weil die französischen Werften zum Teil billiger sind. Anderseits aber dürfte man auch nicht außer acht lassen, daß Frankreich auf deutsche Naturalleistungen nicht verzichten könne.

Ein treffendes Urteil über Lefèvre.

„Populaire“ schreibt über die gestrige Rede André Lefèvres, ein neuer Krieg werde André Lefèvre nicht mehr beruhigen als der letzte. Nach wie vor diesem Kriege werde er immer das Vorhandensein von 70 Millionen Deutschen feststellen, und das sei die solide Grundlage seiner Betrachtungen. Das eigentliche Mittel, ihn zu beruhigen, sei nicht der Krieg allein, sondern die systematische Niedermetzelung der ganzen Bevölkerung jenseits des Rheines. Es gebe wohl noch ein anderes Mittel, aber es sei noch unwahrscheinlicher und noch paradoxer, denn es wäre die Rückkehr zur Vernunft.

Das heimliche Heer.

Reichskanzler Dr. Wirth gewährte am Sonnabend dem Vertreter des „Matin“ eine Unterredung, in welcher er die von dem früheren französischen Kriegsminister Lefèvre und dem Kriegsminister Barthou in der französischen Kammer gegen Deutschland gerichteten Anschuldigungen entkräftete und zurückwies. Er wies darauf hin, daß Briand am 21. Oktober vor der Kammer mit großem Nachdruck erklärt habe, daß die Abrüstung Deutschlands durchgeführt sei und eine Gefahr für Frankreich nicht mehr bestehe. Die deutsche Regierung könne Briands damalige Ausführungen nur bestätigen, wonach dem europäischen Frieden durch Deutschland keine Gefahr drohe, wenn man ihm, der friedlichen Arbeit und Entwicklung folgend, demokratische Einrichtungen überläßt.

Die C.-G.-T. gegen die Lüge vom heimlichen Heer.

Paris, 13. Dezember. Gegen die Kammerrede Lefèvres sprach sich auf einer Tagung der Verwaltungsrat des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes aus und stellt fest, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, wie durch Enqueten festgestellt worden sei, alles getan habe, um die Unternehmungen, die früher der Herstellung von Kriegsgerät dienten, in Fabriken umzuwandeln, die der Friedensarbeit dienen.

Die belgische Regierungskrise.

Am Samstag hatte sich nach langen Verhandlungen ein neues Kabinett gebildet, ein Kabinett Theunis. Dies war eine Koalition zwischen Katholiken und Liberalen. Die Liberalen hatten folgende Ministerien besetzt: Justiz — Jansen, Krieg — Devèze, Eisenbahn — Neujen, Kolonien — Francke, Kunst und Unterricht — Prof. Hubert. Die Katholiken: Landwirtschaft — Baron Buzette, Auswärtiges — Jaspar, Inneres — Berryer, Wiederaufbau — Van de Vyveren.

Diese neue Regierung ist bereits einer neuen Krisis erlegen, bevor sie überhaupt vom König ernannt worden ist. Die liberale Fraktion ist vorgestern in einer Sitzung zu dem Ergebnis gelangt, daß das Volk kein politisches Parlament wolle, sondern vielmehr ein Geschäftsministerium mit einem Minimum von Parlamentariern, und zwar sieben Geschäftsminister und vier Parlamentarier, zwei Katholiken und zwei Liberale, damit sich die Mehrheit der Anti-

Konzerte, Theater, Vorträge.

Das sechste Sinfoniekonzert im Großen Theater brachte ausschließlich polnische Musik, und zwar als erste Nummer des Programms eine Erstaufführung (für Posen): die sinfonische Dichtung „Der Korsar“ von Peter Rytel, ein vor Jahren schon einmal in Berlin aufgeführtes Werk. Rytels sinfonisches Tongemälde hinterläßt keinen ganz einheitlichen Eindruck und zeigt deutlich das Schwanken zwischen eigenem, selbständigem Gestalten und fremdem Einfluß. Der Hauptwert der Komposition dürfte in ihren lyrischen Teilen liegen. Der Komponist dirigierte selbst und verschaffte seinem Werk einen freundlichen Erfolg.

Unter Leitung des Direktors Dołżycki spielte das Orchester Młynarskis viersätzige Sinfonie „Polonia“, eine Programmdichtung, deren einzelne Teile das ritterliche Polen, Polen im Grabe, das leidende Polen und das sich befreiende und triumphierende Polen zum Ausdruck bringen sollen. Herr Dołżycki feuerte das Orchester in gewohnter Weise zu einer starken Leistung an und ließ die Hauptthemen des Werkes mit starker Unterstreichung hervortreten.

Solist des Abends war Herr Professor Barcewicz aus Warschau, ein hier schon bekannter und gewürdigter Geiger, der diesmal das Violinkonzert A-dur von Karłowicz spielte und sich mit dem Vortrag dieses Werkes wieder als innerlich gestaltender Geiger von bedeutendem Können bewährte, der freilich technisch die Zeit seines besten Könnens wohl schon hinter sich hat.

*

Der Theaterverein hielt es für notwendig, nach „Waffenschmied“ und „Faust“ wieder einmal um die Gunst der allerleichtesten Muse (es ist keine von den bekannten neuen) zu buhlen. Er wählte zu diesem Zweck Leo Falls „Dollarprinzessin“ als Objekt seiner Betätigung. Nicht zu seinem Vorteil. Auch nicht zum Vorteil der Sache, die er vertreten soll. Vielleicht zum Vorteil seiner Kasse. Das kann sein.

Daß die letzten zwanzig Jahre viele wertlose, witzlose, fade und abgeschmackte Operetten hervorgebracht haben, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Unter diesen wertlosen Operetten gibt es aber doch eine nicht geringe Zahl von Werken, die man immerhin zur Zerstreuung einmal ansehen und anhören kann, ohne sich ästhetisch ganz und gar geohrfeigt zu fühlen, — Werke, denen die glückliche Verwendung einer Gegenwartserscheinung oder des Zaubers exotischer Ferne oder die geschickte Ausnutzung eines in die Beine fahrenden Tanzmotivs eine gewisse Berechtigung verleiht. Ich kann die „Dollarprinzessin“ zu diesen Operetten nicht rechnen, und ich wüßte nicht, womit ihre Daseinsberechtigung begründet werden könnte. Leo Fall hat schon viel Besseres geschaffen als diese Operette, die weder textlich noch musikalisch noch sonst nach irgend einer Richtung eine freundliche Erinnerung hinterlassen kann. Ich weiß daher nicht, was den Theaterverein veranlaßte, sich gerade dieses Werkes anzunehmen. Bezeichnend war der Verlauf des Abends. Fast über dem ganzen ersten Akt lag eine fühlbare Langeweile, und wenn später gelacht wurde, so geschah das immer nur nach den allergrößten Effekten, nach den allerplattesten, ödesten Witzen. Reizt das Liebhaber des Theaterspielens, sich auf die Bühne zu stellen?

Es mag sein, daß die Temperatur, die im Saale herrschte, sowohl die Stimmung des Publikums als auch die Stimmung und die Leistungsfähigkeit der Darsteller beeinträchtigte. Im Zuschauerraum herrschte eine Kälte, daß man kaum wagte, die mit gefütterten Handschuhen geschützten Hände aus der Tasche zu ziehen, und wenn die Leute auf der Bühne ihren Mund zum Sprechen oder Singen öffneten, dann sah man aus weiter Ferne ihren Hauch sich von der frostigen Luft abheben. Das mag als Entschuldigungsgrund angeführt werden. Denn was dort auf der Bühne gespielt und „gesungen“ wurde, war diesmal wirklich nicht schön. Gespielt? Statt operettenhafter Lustigkeit, Leichtigkeit und Anmut sah man teils Steifheit und Gezwungenheit, teils Verzerrung und Manieriertheit. Gesungen? Schweigen wir darüber. Die immerhin erfreulichste Erscheinung des Abends waren Frl. Berkow als Chansonette Olga Labinska und Herr John als Fredy Wehrburg, der jedoch seine Rolle so wenig beherrschte, daß er wiederholt „hmhmhm“ statt des Textes sang (oder ganz schwieg) und an einer Stelle mit hörbarem „Text!“ die Souffleuse zu stärkerer Unterstützung auffordern mußte. Und die Souffleuse arbeitete ohnedies schon mit hörbarer Stärke: was sie sprach, war vielfach deutlicher als Worte und Gesang der Darsteller, von denen man manchmal nicht wußte, ob sie sich der deutschen oder der englischen Sprache bedienten.

Noch schlimmer aber als das, was auf der Bühne geschah, ereignete sich im sogenannten Orchester. Das hätte unter keinen Umständen sein dürfen, und dafür gibt es keinen Entschuldigungsgrund. Es war auf deutsch gesagt, ohrenzerreißend. Eine Zumutung die jeder Zuhörer mit halbwegs gesunden und empfänglichen Ohren sich verbitten muß.

Übrigens ist kaum zu bezweifeln, daß die „Dollarprinzessin“ dem Theaterverein noch wiederholt volle Häuser und glänzende Kassenerfolge bringen wird: Da kommt eine Autohuppe vor, auf die sich jemand setzt, so daß sie schon huppt (wie komisch!), eine fromme, Whisky trinkende Wirtschafterin verwendet Bibelstellen in fabelhaft witziger Weise, und zu alledem gibt es noch die niemals originell gewesenen und jetzt seit Jahren abgeklapperten „Schlager“ „Das sind die Dollarprinzessen“ und „Wir tanzen Ringelreihen, einmal hin und her“. Zweifellos Grund genug, diese Operette selbst hier und jetzt noch zum beliebten Zugstück zu machen.

*

Über zwei Vorträge, die mit Musik und Theater zusammenhängen, ist zu berichten:

In der Monatssitzung des Theatervereins am 9. Dezember sprach Herr Hauptschriftleiter Styra über Gerhart Hauptmann, den er besonders als den Dichter der leidenden Seele der gequälten Menschheit kennzeichnete. Der Sehnsuchtsschrei, das Emporlodern der göttlichen Flamme im Menschen, die größer ist als der Mensch, das ist es, was Hauptmann zum Dichter gemacht hat, was ihn ergriffen hat und was uns immer wieder ergreift. Aber auch den Haß hat Gerhart Hauptmann in sich. Den Haß gegen die Menschen, die bequem und ohne Streben den Lebenserscheinungen gegenüberstehen. Mit dämonischer Wut und grenzenloser Kälte zeichnet er den Philister, der sich vor das Licht stellen will, um alle diese leidenden Menschen noch weiter im Dunkeln zu halten.

Der Vortragende, der seine Ausführungen durch die Rezitation des 15. Gesanges aus Hauptmanns letztem Werk „Anna“, einem ländlichen Liebesgedicht in Hexametern, unterstützte, wies zum Schluß darauf hin, daß im nächsten Jahre, am 15. November 1922, der 60. Geburtstag Gerhart Hauptmanns gefeiert werden wird.

In einer kurzen Aussprache, die sich an den Vortrag schloß, wurde aus der Versammlung heraus der Wunsch geäußert, auch der Theaterverein möchte einmal eines der Werke Hauptmanns zur Aufführung bringen. Berücksichtigung dieses Wunsches nach Maßgabe der Möglichkeit wurde zugesagt.

*

Am Sonntag fand im Großen Theater ein Vormittagsvortrag statt. Herr Josef Rosenzweig aus Warschau, Mitarbeiter des „Kurjer Poranny“, sprach über Richard Wagners künstlerisches Schaffen. Der Vortrag war als Vorbereitung für die bevorstehende Aufführung der „Walküre“ gedacht. Diesem Zweck entsprach er freilich nicht ganz. Der Vortragende verbreitete sich erst ausführlich über das Gesamtschaffen Wagners und zugleich über seine philosophischen und politischen Anschauungen (er stellte Wagner geradezu als Vorläufer der Bolschewisten hin), kennzeichnete dann den Hauptgedanken des Nibelungenringes, sprach, an sich richtig, von dem Fluch des Goldes und seiner Darstellung in der Tetralogie und nannte dann, kurz aufzählend, die einzelnen Leitmotive der „Walküre“, die von Herrn Kapellmeister Wojciechowski auf dem Klavier vorgeführt wurden: eine sehr äußerliche und durchaus unzureichende Vorbereitung. Es wäre richtiger gewesen, der Vortragende hätte seine Zuhörer, von denen doch sicher die meisten die „Walküre“ noch gar nicht kennen, genau mit dem Inhalt dieses Musikdramas und mit dem Wesen der einzelnen in ihm vorkommenden Gestalten — im Zusammenhang mit ihrer musikalischen Illustrierung — bekannt gemacht. Immerhin darf als Ergebnis des Vortrages die Herausarbeitung des Gedankens hervorgehoben werden, daß die große kulturgeschichtliche Bedeutung Wagners nicht in seinen philosophischen und politischen Anschauungen und dem, was er darüber geschrieben hat, liegt, auch nicht in seiner Propaganda für das „Gesamtkunstwerk“, sondern auf rein musikalischem Gebiet, und daß er als Musiker wirklich ganz Neues geschaffen hat, — Werte, deren große Bedeutung heute, da die Zeit sowohl der Überschätzung als auch der Unterschätzung Wagners vorüber ist, von keinem mehr bestritten werden kann und deren Einfluß kein Tondichter, der nach Wagner gewirkt hat, sich hat entziehen können.

Nach dem Vortrag trugen die Damen Orleńska und Szafrańska sowie Herr Urbanowicz Bruchstücke aus der „Walküre“ vor, Kostproben, die die Vorfreude auf die bevorstehende Aufführung der „Walküre“ steigerten.

wl.

klerikalen nicht durch ein zu starkes katholisches Ministerium zurückgesetzt fühlt. Theunis hat seine Verhandlungen Montag wieder aufgenommen. Man glaubt aber, daß in gewissen Kreisen ein liberales und Sozialisten-Kabinett keine günstige Aufnahme finden würde. Dieses ist nur für den Fall gedacht, daß ein Geschäftsministerium nicht zustande kommt. Ein Geschäftsministerium würde auch kaum ein langes Leben haben. Das Kabinett der Friedensfreunde würde ebenfalls nicht lange am Ruder bleiben.

Frankreichs Druck auf Spanien.

Madrid, 13 Dezember. „Heraldo" schreibt nach Auskünften von zuständiger Stelle: Frankreich hat am 6. Dezember Spanien eine Note überreicht in der dringend die Annahme der französischen Bedingungen als Grundlage für die weiteren Verhandlungen gefordert wird. Diese Note werde die letzte sein und auf sie werde, wenn ihre Wirkung ausbleibe, der Abbruch der Verhandlungen folgen.

Das Blatt fügt hinzu, daß die spanische Regierung ein Rotbuch über die Angelegenheit herauszugeben gedenke, und daß der Bruch als unvermeidlich betrachtet wird. Die Sorge der Regierung sei jetzt darauf gerichtet, daß dieser Zustand so kurze Zeit wie möglich dauere.

Amtsantritt Szarotas in Memel.

Warschau, 14 Dezember. (Telunion.) Die Ernennung des Departementsdirektors Szarota zum bevollmächtigten Minister Polens in Memel wurde vom Staatschef und vom Außenminister unterzeichnet. Szarota begibt sich bereits in den nächsten Tagen nach Memel. Ihn begleitet der Referent der Ostabteilung des Außenministeriums Taddäus Borkowski, der in Memel Chef der Konsularabteilung der polnischen Delegation bei der dortigen Interalliierten Kommission sein wird.

Die irische Frage.

Der irische Klerus und die Ratifikation des Friedens.

London 13. Dezember. (Telunion.) Kardinal Logue, das Haupt der römisch-katholischen Kirche in Irland, hat für Donnerstag alle irischen Bischöfe zusammengerufen um bekanntzugeben, daß der Friedensvertrag ratifiziert werden müsse. Wie verlautet, sind alle Bischöfe ohne Ausnahme für die Ratifikation.

Indien und das Irland-Abkommen.

Washington, 12. Dezember. (Tel.-U.) Auf der Konferenz mit den englischen Journalisten wurde gestern die Frage aufgeworfen, welchen Einfluß die irische Regelung auf Indien haben werde. Der indische Delegierte erklärte, daß in Indien die Meinung verbreitet sei, man müsse Indien dieselben Vorrechte wie Irland gewähren. Sollte dies nicht geschehen, so würden Unruhen die erste Folge sein.

Auch Schottland meldet sich.

London 13. Dezember. Vierzig Mitglieder der schottischen Nationalliga haben gestern in einer Versammlung verlangt, daß Schottland ein Homerule-Gesetz gewährt würde. Was für Irland recht sei, sei für Schottland billig. Sie erklärten eine Aktion zur Gründung eines schottischen Freistaates unternehmen zu wollen.

Deutsches Reich.

** **Das Branntweinmonopol.** Das Branntweinreichsmonopol lieferte im ersten Jahre 700 Millionen Mark Reinertrag. Für das Etatsjahr 1920/21 wurde dieser Betrag auf 22 Milliarden Mark veranschlagt. Die Verwaltung liefert jährlich 4 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht ab.

** **Aus dem Reichsrat.** Der Reichsrat hielt am Donnerstag abend unter Vorsitz des Ministers Giesberts eine öffentliche Sitzung ab, in der zunächst das neue Ortsklassenverzeichnis unverändert nach der Regierungsvorlage entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses angenommen wurde. Angenommen wurde weiterhin ein Gesetzentwurf, wonach die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung auf ein Jahr verschoben werden sollen. Ferner wurde ein Gesetzentwurf über Neuregelung von Zahlungen bei der Unfallversicherung angenommen. Den Gesetzentwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, der die Spekulation mit Devisen einschränken soll, haben die Ausschüsse des Reichsrates noch verschärft. Der Reichsrat beschäftigte sich sodann mit Vorlagen betreffs Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Die zuständigen Reichsratsausschüsse haben der Vorlage zugestimmt, weil keine andere Möglichkeit besteht, das ungeheure Defizit zu mindern. Das Plenum des Reichsrates stimmte den Beschlüssen des Reichsrates zu. Die Eingabe des Vereins deutscher Zeitungsverleger wurde für erledigt erklärt. Der Reichsrat nahm sodann noch einen Gesetzentwurf über Änderung des Tabaksteuergesetzes an. Die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht wurde bis Ende nächsten Jahres verlängert. Die erhöhten Gebührensätze treten am 1. Januar 1922 in Kraft.

** **Stillegung der sächsischen Papierfabriken infolge Kohlenmangels.** Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" melden: Seit einigen Tagen haben die meisten sächsischen Papierfabriken infolge Kohlenmangels ihren Betrieb ganz oder teilweise einstellen müssen. Dadurch ist das weitere Erscheinen der Zeitungen im höchsten Grade gefährdet. Infolge des katastrophalen Papiermangels waren die „Leipziger Neuesten Nachrichten" außerstande, den Bericht des sächsischen Landtages zu bringen.

Freistaat Danzig.

*† **Danzig-polnische Zollverhandlungen.** Montag morgen sind zwei bevollmächtigte Vertreter des polnischen Finanzministeriums in Danzig eingetroffen, um mit den Danziger Stellen sofort Verhandlungen wegen einer besonderen Behandlung Danzigs in den Zollfragen zu beginnen. Danach ist anzunehmen, daß noch vor dem 1. Januar eine Lösung gefunden wird, die die Danziger Interessen in weitergehender Weise berücksichtigt, als durch die vorgesehene Zollunion mit Polen geschehen war.

*† **Besuch Karachans in Danzig.** Polnischen Blättermeldungen zufolge wird der Gesandte der russischen Sowjetrepublik in Warschau Leo Karachan auf seiner Rückreise von Berlin in den nächsten Tagen in Danzig eintreffen. In seiner Begleitung wird sich der Sekretär der russischen Gesandtschaft Lorenz befinden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 14. Dezember.

Posener Bachverein.

Der Verein, der demnächst sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen feiert, zählt zurzeit 100 singende (70 Damen, 30 Herren) sowie eine Anzahl unterstützender Mitglieder. In der letzten Generalversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Den Vorsitz führt der Direktor des Deutschen Gymnasiums, Prof. Stiller; sein Stellvertreter ist der Hauptschriftleiter des „Posener Tageblattes", Dr. Loewenthal; Schriftführerin ist Fräulein Marie Kohlschütter, Kassenwart Kaufmann Farnow. Zu Stimmeistern wurden gewählt: für den Sopran Frau Beckmann, für den Alt Fräulein Ekke, für den Tenor Herr Hollnack, für den Baß Herr Kartmann. — Am 19. Dezember 1896 begann der Verein seine Tätigkeit mit der Aufführung des damals eben komponierten Weihnachts-Oratoriums „Die Geburt Christi" von Heinr. v. Herzogenberg. Am 19. d. Mts. soll nun dieses Werk wiederholt werden (siehe die Anzeige!), und zwar nicht in der Kreuzkirche, in der sonst immer die Aufführungen des Vereins stattfanden, weil deren Heizungsanlage entzwei und zurzeit nicht zu reparieren ist, sondern in der Paulikirche, die für diesen Tag gründlich geheizt sein wird. Da in der Weihnachtswoche sich sonstige Festlichkeiten verbieten, soll die eigentliche Jubiläumsfeier in der zweiten Januarwoche nachgeholt werden. Am Sonntag, dem 8. Januar, soll mittags um 12 Uhr ein Festakt in der Aula des Deutschen Gymnasiums sein mit ernster Musik und zwei Festreden. An demselben Tage soll nachmittags um 5 Uhr eine Kaffeetafel im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses sein mit dem Vortrage von heiteren Liedern und fröhlicher Kammermusik. Im Mittelpunkte der gemütlichen Feier soll die Aufführung von Bachs vergnüglicher „Kaffee-Kantate" stehen. Diese Jubiläumsfeier ist nur für die aktiven und inaktiven Mitglieder des Chores und deren Angehörige sowie für geladene Gäste bestimmt. Für den Anfang Februar ist ein Abend mit „fröhlicher Kunst" (im Sinne der Kunstwart-Unternehmungen) geplant; für Karfreitag, den 14. April, wird die Matthäus-Passion neu einstudiert. — Wer dem Bachverein als singendes oder unterstützendes Mitglied anzugehören wünscht, wolle sich bei einem der oben genannten Vorstandsmitglieder oder bei dem Dirigenten, Pastor K. Greulich, melden.

Die Wahl der neuen Stadtverordneten

findet am kommenden Sonntag, dem 18. Dezember, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt. Die deutschen Auskunftsstellen, die gestern bekannt gegeben wurden, sind von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Jeder deutsche Wähler wählt

die Liste Loewenthal.

Im Kampfe mit dem Banditentum.

Von den schweren Gefahren, denen unsere Landwirte in der Provinz durch das Verbrechertum ausgesetzt sind, zeugt folgender Vorgang, bei dem zwei Ansiedler erschossen und zwei Ansiedlersöhne schwer verletzt wurden:

Am 7. d. Mts. erschienen bei dem Ansiedler Westerrath in Pirschütz, Kreis Pleschen, gegen 6 Uhr abends zwei Männer, die sich als „Geheimpolizisten" ausgaben und beauftragt wären, nach einer Hausbrennerei bei ihm zu suchen. Der Aufforderung, sich zu legitimieren, kamen sie auch nach, indem sie einen sehr abgegriffenen, polnisch geschriebenen Schein vorzeigten, den Westerrath als Legitimation nicht anerkennen wollte. Der eine dieser Männer zog dann seinen Revolver mit den Worten hervor: „Drei Schritt vom Leibe." Während der kleinere dieser Banditen die Kinder des Hauses und die anwesenden Dienstleute in der Küche bewachte, durchsuchte der größere mit Westerrath das ganze Haus, ließ sich alles öffnen und zeigen, jedoch ohne sich etwas anzueignen. Fünf Viertelstunden hatte die Durchsuchung des Hauses gedauert. Darauf stellte der Bandit eine angebliche Bescheinigung aus, die auch Westerrath unterschreiben mußte. Zum Gehen aber zeigten sie noch keine Lust.

Inzwischen war ein Mädchen von den bewachten Dienstleuten, unter dem Vorwande einen Lärm im Stalle aufzuklären, entkommen. Sie lief nach dem nahe gelegenen Dorfe Strielau und alarmierte die Bewohner. Sofort eilten einige beherzte Männer hin und trafen gerade bei Westerrath ein, als die Banditen anscheinend mit der Revision fertig waren. Kaum hatten diese Männer das Haus betreten, als die Banditen das Feuer mit ihren Revolvern eröffneten. Der Ansiedlersohn Otto Kiene erhielt einen Leberschuß, der auch etwas die Lunge gestreift haben soll; sein Bruder Josef einen Armschuß, der Ansiedlersohn Josef Wächter einen Herzschuß, der ihn sofort tötete. Der 52jährige Ansiedler Lenter erhielt einen schweren Bauch- und Armschuß und erlag diesen Verletzungen am 8. d. M. gegen 10 Uhr vormittags. Er hinterläßt 6 Waisen. Otto Kiene hat trotz seiner schweren Verletzung noch auf den größeren Banditen einen Schuß aus dem Jagdgewehr abgegeben, der ihn schwer verletzte. Bei der durch die Schießerei erfolgten Panik gelang es den Banditen, ins Freie, zu ihren hinter einer Hecke versteckten Rädern, zu gelangen. Der unverletzt gebliebene entkam auf dem Rade, während der Verletzte zu dem 200 Meter entfernt liegenden Deputathause kroch, um sich dort zu verbergen. Dort verbrannte er sämtliche Papiere und versuchte sich die Pulsadern zu öffnen. Dieser Bandit gibt an, aus dem Kreise Jarotschin zu stammen und schon bei einem vor Monaten bei Westerrath ausgeführten Einbruch beteiligt gewesen zu sein.

Am Montag, dem 12. d. Mts., sind die beiden so jäh ums Leben gekommenen Ansiedler auf dem Friedhofe der Pfarrgemeinde Strielau beigesetzt worden. Die ganze Umgegend nahm an diesem Begräbnisse teil. jg.

Wie erspart man Gas! Vor Jahresfrist veröffentlichten wir eine Mitteilung, nach der es empfehlenswert ist, bei Gasheizung einen Ring um den Topf zu legen, und zwar derart, daß zwischen Topf und Feuerung ein freier Raum von rund 5 cm bleibt. Dieser Ring sollte sich nach oben verjüngen. Diese Einrichtung ist, wie man uns schreibt, sehr praktisch, man erzielt damit eine wirkliche Gasersparnis. Aber noch viel besser ist es, wenn man über den Topf, der zum Kochen benutzt wird, einen zweiten Topf von größerem Durchmesser stülpt. Denn in diesem Falle geht keinerlei Heizkraft verloren, sie wird vielmehr in ihrem ganzen Umfange dem Topf zugeführt, dessen Inhalt zum Kochen gebracht werden soll.

Weihnachtsgratifikationen der Staatsbeamten. Aus Anlaß des Weihnachtsfestes erhalten die Staatsbeamten besondere Zuwendungen, deren Höhe sich nach der Höhe ihrer regelmäßigen Bezüge richtet. Die Zuwendungen werden sich zwischen 12 000 und 18 000 Mark bewegen.

Requisitionsentschädigung. Das Starostwo Grodzkie in Posen gibt bekannt, daß alle durch Kriegsrequisitionen in dem Zeitraum vom 28. Dezember 1918 bis zum 15. November 1919 geschädigten Personen bis zum 15. Dezember 1921 umgehend beglaubigte Anträge schriftlich bei der Liquidationskommission des „Urząd Wojskowy" in der Aleje Marcinkowskiego Nr. 281 (fr. Wilhelmstr.) einzureichen haben.

Deutsche Lehrerversammlung. Mittwoch, den 28. Dezember, vormittags 10½ Uhr, hält der Deutsche Bezirkslehrerverein in Posen ul. Fr. Ratajczaka 30 (fr. Ritterstr.) eine Mitgliederversammlung ab. Auswärtige Teilnehmer, die notwendig Unterkunft brauchen, wollen ihre Wünsche unter Angabe der Tage, an denen sie übernachten müssen und ihre Ankunft an Rektor Gutsche, ul. Fr. Ratajczaka 30, melden. Bettwäsche ist mitzubringen.

Deutscher Theaterverein. Freitag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr: Wiederholung der am Dienstag dieser Woche vor überfülltem Saal erstmalig aufgeführten Operette „Die Dollarprinzessin". Eintrittskarten zu den bekannten Preisen in der Vereinsbuchhandlung.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Es wird auf den Vortrag von Herrn Assessor Meyer, der heute, Mittwoch nachmittags 6 Uhr im Deutschen Gymnasium stattfindet, hingewiesen. Das Thema des Vortrages lautet: „Das deutsche Recht".

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

X **Abgejagte Einbrecherbeute.** Heute in den frühen Morgenstunden beobachtete ein Schutzmann in der Gegend der ul. Nowa (fr. Neuenstr.) einen verdächtigen Mann, der unter dem Arm ein größeres Paket trug. Als er sich ihm näherte, fragte ihn der Verdächtige, wann die erste „Elektrische" nach dem Bahnhofe ginge. Der Schutzmann wollte jedoch nähere Einzelheiten über das Woher und Wohin wissen. Statt eine Antwort zu geben, warf der Überraschte das Paket von sich und flüchtete, ohne daß es gelang, seiner wieder habhaft zu werden. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß das Paket große Summen Geldes enthielt, die aus dem Geldschrank des Geschäfts von Ganowicz und Wieliński im Bazarhotel gestohlen worden waren. Der oder richtiger wohl die Einbrecher waren vom Keller aus nach der Durchbohrung der Decke in den Geldschrankraum eingedrungen, hatten den Geldschrank regelrecht aufgeknabbert und daraus große Geldsummen gestohlen.

X **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde in der Nacht zum Dienstag bei der Firma Neumark, Plac Wolności 14 (fr. Wilhelmplatz) verübt. Gestohlen wurden Kindermäntel, 33 Sportanzüge, 15 Damenjacken, 4 Damenblusen im Gesamtwerte von einer halben Million Mark.

hm. Buk, 13. Dezember. Der Kaufmann Lewin hier hat sein Haus mit Kolonialwarengeschäft in der Posener Straße an Helwig von hier verkauft. Die Uebernahme hat bereits stattgefunden.

* **Inowrocław**, 13. Dezember. Am Sonnabend vormittag traf, aus Bromberg kommend, der Minister für Handel und Industrie in Gesellschaft einiger Beamten in unserer Stadt ein. Die Gäste fuhren in Kraftwagen und wurden von Vertretern der Ortsbehörden empfangen und begrüßt. Die Gäste besuchten die staatliche Saline, das Solbad und einige private industrielle Unternehmungen, worauf sie auch unseren Nachbarorten Montwy und Kruschwitz Besuche abstatteten. Am Abend fuhren sie wieder nach Warschau zurück.

* **Bromberg**, 13. Dezember. Das endgültige Ergebnis der Bromberger Stadtverordnetenwahl liegt nunmehr vor. Es entfallen: Auf die Liste der polnischen Bürgerpartei (Dr. Biziel) 28 Mandate, auf die Liste der polnischen Nationalen Arbeiterpartei (Banach) 16, auf die deutsche Liste (Rosenfeld) 11 und auf die Liste der vereinigten polnisch-deutschen Sozialistischen Partei 5 Mandate.

* **Thorn**, 13. Dezember. Wie das hiesige „Słowo Pomorskie" meldet, sind am 7. d. Mts. in Thorn 18 Personen wegen bolschewistischer Umtriebe verhaftet worden. Es war durch Beobachtungen festgestellt, daß kommunistische Kreise Kongreßpolens rege Verbindungen nach Thorn unterhielten. Es ist der Polizei nun durch überraschenden Zugriff gelungen, 18 Personen in ihren Wohnungen zu verhaften. Bei diesen wurde zahlreiches Beweismaterial vorgefunden, u. a. auch viele Tausende Zaren-, Duma-, Sowjet-, Gold- und Silberrubel, österreichische Kronen und polnisches Geld, sowie bolschewistische Literatur. Das Lokal des Verbandes der Kriegsinvaliden der Republik Polen in der Seglerstraße wurde versiegelt, da sich der Präses des genannten Verbandes unter den Verhafteten befindet.

Aus Ostdeutschland.

Bartenstein, 13. Dezember. Der am 6. Oktober 1901 in Trautzig geborene Fürsorgezögling B. Laskewitz hat im Gerichtsgefängnis Bartenstein durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Er war am 1. Dezember zusammen mit einem gewissen Chroszinski vom Schwurgericht Bartenstein wegen Raubmordes an dem Händler Witt aus Königsberg, begangen in Bischofsburg, zum Tode verurteilt worden. Trotz umfangreicher Sicherungsmaßnahmen gelang es ihm, sich mittags mit einem vom Bettlaken gerissenen Leinwandstreifen an dem Fenster zu erhängen.

* **Elbing**, 6. Dezember. Erschossen hat sich in einer hiesigen Gastwirtschaft der 20jährige Elektriker Wilhelm H. aus Thiensdorf.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 14. Dezember 1921.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	10 600—11 600	Weizenkleie	5300
Roggen	7400	Roggenkleie	5200
Braugerste	7000—7800	Kartoffeln	2800—3100
Hafer	7500—8000	Schminkbohnen .	11 000—12 000
Weizenmehl 70 %	19 200—20 200	Leinsamen . . .	14 500—15 000
Roggenmehl 70 %	10 000—11 000	Rübsen	13 000—14 000
Felderbsen	7500—8500	Odermennig . .	13 000—14 000

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säcke. Tendenz: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 14. Dezember 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 7000 M., II. Sorte 5000—5500 M., III. Sorte 2500—3000 M. **B. Bullen** I. Sorte 7000 M. II. Sorte 5000—5500 M., III. Sorte 2500—3000 M. **C. Färsen und Kühe** I. Sorte 7000 M., II. Sorte 5000 bis 5500 M. III. Sorte 2500—3000 M. **D. Kälber** I. Sorte 8500 bis 9000 M., II. Sorte 7000—8000 M.

II. Schafe I. Sorte 7500 M., II. Sorte 5500—6500 M.

III. Schweine: I. Sorte 16 500—17 000 M., II. Sorte 14 500 bis 15 000 M., III. Sorte 11 500—12 000 M.

Der Auftrieb betrug: 125 Rinder, 270 Kälber, 151 Schafe, 1 Ziege, 1189 Schweine. Tendenz: ruhig.

Berliner Börsenbericht

vom 14. Dezember.

Diskonto-Komm.-Anleihe .	410.—	3½ % Pos. Pfandbriefe .	18.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	1250.—	Polnische Noten	5.46
Hartmann Masch.-Aktien	755.—	Auszahlung Warschau .	5.46
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	550.—	Kriesnoten	10.—
Schantung Eisenbahnanl.	455.—	Dollar	165.50
Neuguinea Comp.-Akt. . .	525.—	Englische Pfund	690.—
R. Wolff	650.—	Holländische Gulden . .	6150.—
4 % Pos. Pfandbriefe . .	20.25	Schweizer Franken . .	3250.—
		Danzig polnische Mark .	—.—
		„ „ Noten .	—.—

Vor der Stadtverordnetenwahl.

(Fortsetzung.)

Bezirk 21. ul. Flisacza (Schifferstr.) Małe Garbary (Kleine Gerberstr.), ul. Piaskowa (Sandstr.). Wahllokal: Städtische Hilfsschule, Gr. Gerberstr. 25.

Bezirk 22. Cytadela (Kernwerk), Haus des Totengräbers am Friedhofe or. Plac Działowy (Kanonenplatz) St. Adalbert-Kasernen ul. Oficerska (Haakestr.) Podgórnik (Kernwerksmühle) ul. Solna (Magazinstr.), Wzgórze Św. Wojciecha ul. Św. Wojciecha (St. Adalbertstr.), Wały Kościuszki (Müllerwall) Zaułek Św. Wojciecha (St. Albertihof). Wahllokal: Wolnica (Wronkerplatz) 2 I. Zimmer 26.

Bezirk 23. ul. Babińskiego (Seecktstr.), ul. Franciszkańska (Franziskanerstr.), Góra Przemysława (Schloßberg), ul. Pocztowa (Friedrichstr.) 1—6 und 31—3?, Plac Sapieżyński (Sapiehaplatz) Stary Rynek (Alter Markt) 70—84, Wolnica (Wronkerplatz), ul. Wroniecka (Wronkerstr.), ul. Zamkowa (Schloßstr.) Wahllokal: Neues Rathaus Bureau V.

Bezirk 24. ul. Kręta (Kohlenstr.), ul. Pocztowa (Friedrichstr.) 7—30, ul. Rzeczypospolitej (Lindenstr.) Wahllokal: Städtische Schule Magazinstr. 4 parterre Kl. IIf.

Bezirk 25. Ul. Cieszkowskiego (Königstr.), ul. Działyńskich (Naumannstr.), ul. Młyńska (Mühlenstr.). Haupt-Militärlazarett in der Königstr. Wahllokal: Städtische Schule, Naumannstraße 4, Erdgeschoß.

Bezirk 26. Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) Nr. 10—22 Plac Nowomiejski (Königsplatz), ul. Trzeciego Maja (Theaterstr.), Plac Wolności (Wilhelmplatz). Wahllokal: Restaurant Borysiak Viktoriastr. 25.

Bezirk 27. Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 1—9 und 23—32. ul. Murna (Mauergasse), ul. Nowa (Neuestr.) ul. Podgórna (Hindenburgstr.) ul. Sieroca (Waisenstr.) Wahllokal: Restaurant Switalski, ul. Podgórna 13 (Hindenburgstr.)

Bezirk 28. Aleje Chopina (Kirchbachallee), Grudzieniec (Ziegelstr.), Wały Jana III. (Oberwall), ul. Karłowicza (Beutnerstr.), Wały Leszczyńskiego (Kaiserring), ul. Sew. Mielżyńskiego (Viktoriastr.) Nr. 1—7 und 21—28. Przy Moście Teatralnym (An der Theaterbrücke), ul. Noskowskiego (Am Goethepark), ul. Pawła (Paulikirchstr.) ul. Libelta (Wittingstr.), ul. Sporna (Buffeweg), ul. Staroscińska (Waldowstr.). Lazaret Wojskowy Garnisonlazarett, Wały Jana III. (Oberwall) Przepadek (Walderseestr.) Wahllokal: Städtische Schule ul. Działyńskich 4 (Naumannstr.), Erdgeschoß Klasse VIIa.

Bezirk 29. Ul. 27. Grudnia (Berliner Straße), ul. Kantaka (Bismarckstr.), ul. Fr. Ratajczaka (Ritterstr.) 1—6 und 35—40. Wahllokal: Städtische Schule Ritterstr. (ul. Franciszka Ratajczaka) Kl. VII.

Bezirk 30. Ul. Garncarska (Töpfergasse), ul. Gwarna (Viktoriastraße) 8—20, Św. Marcin (St. Martinstr.) 45—60 und 20—36 Wahllokal: Städtische Schule St. Martinstr. 35 Erdgeschoß rechts, Klasse Ic.

Bezirk 31. Ul. Artyleryska (Artilleriestr.), Wały Batorego (Königsring), Św. Marcin (St. Martinstr.) 37—44 Przebieg (Rohrscher Pfad) ul. Składowa (Märkische Straße), ul. Towarowa (Colombstr.), Wały Wazów (Königsring), ul. Wesoła (Am Kinderspielplatz) ul. Wjazdowa (Am Berliner Tor). Wały Zygmunta Starego (Kurfürstenring). Wahllokal: Below-Knothesches Lyzeum, Wały Jana III (Oberwall).

Bezirk 32. Ul. Skarbowa (Luisenstr.), ul. Franciszka Ratajczaka (Ritterstr.) 8—34. Wahllokal: Städtische Schule ulica Garncarska (Töpfergasse), Klasse Ia.

Bezirk 33. Piekary (Bäckerstr.). Wahllokal: Restaurant Adamczyk, St. Martinstr. 4.

Bezirk 34. Ul Ogrodowa (Gartenstr.) ul. Piłwiejzka (Halbdorfstr.) 1—6 und 39—41. Wahllokal: Städtische Schule Ritterstr. Klasse Va.

Bezirk 35. Św. Marcin (St. Martinstr.) 1—18 und 61—78 ul. Wysoka (Hohe Gasse). Wahllokal: Bureau für Markenkontrolle, Breslauer Straße 17 Erdgeschoß (Alte Post).

Bezirk 36. Ul. Św. Józefa (Petristr.), plac Świętokrzyski (Petriplatz) ul. Romana Szymańskiego (Wiener Straße). Wahllokal: St. Martinstr 76 I. Zimmer 2/3 (Armenbureau.)

Bezirk 37. Ul. Półwiejska (Halbdorfstr.) 7—38a. Wahllokal: Städtischer Turnsaal, (Grüner Platz).

Bezirk 38. Górna Wilda (Kronprinzenstraße) 1—4, Wały Jagiellończyka (Grolmanwall), Wały Warneńczyka (Markgrafenring) Warownia Przemysława. Wahllokal: Große Schulbaracke Górna Wilda 14—16 (Kronprinzenstr.)

Bezirk 39. Wierzbięcice 2—28 (Bitterstr.) Wahllokal: Restaurant Kwiatarnia Wierzbięcice 27 (Bitterstr.)

Bezirk 40 Wierzbięcice 29—66 (Bitterstr.) Wahllokal: Städtische Schule ul. Przemysłowa 4—5 (Margaretenstr.)

Bezirk 41. Ul. Św. Czesława (Caprivistr.) Wahllokal: Restaurant Rochr. ul. Św. Czesława 5 (Caprivistr.)

Bezirk 42. Ul. Popińskich (Am Rosengarten), ul. Różana (Rosenstr.), ul. Spadzista (Rochusstr.) ul. Stroma (Hahnkestr.) ul. Topolowa (Tambourstr.), ul. Jacóba Wójka (Koppenstr.) Wahllokal: Kleinere Schulbaracke Unterwilda 14—16.

Bezirk 43. Plac Bergera (Bergerplatz), ul. Kluczborska (Kreuzburgerstr.), Garnisonlazarett. Schule der Kriegsinvaliden in der Kreuzburgerstr. 5. Żupańskiego (Hohenlohestr.) Wahllokal: Höhere Maschinenbauschule, ul. Kluczborska 5 ptr. (Kreuzburgerstr.)

Bezirk 44. Ul. Przemysłowa (Margaretenstr.) ul. Szwajcarska (Schweizerstr.) Wahllokal: Schule in der ul. Przemysłowa 4—5 (Margaretenstr.)

Bezirk 45. Ul. Czajcza (Kiebitzstr.), ul. Dąbrówki (Hornstr.), ul. Dolina (Talstr.), Dolna Wilda (Unterwilda), ul. św Jerzego (Yorkstr.), ul. Krzyżowa (Kreuzstr.) ul. Powstańcza (Bülowstr.) Wahllokal: Restaurant Kubicki Unterwilda 7 I. (Forts. folgt.)

Briefkasten der Schriftleitung.

E. Nr. 1894. Es liegt tatsächlich ein Irrtum vor: Sie sind, da Sie in dem ehem. preußischen Teilgebiet geboren sind, polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität, mithin optionsberechtigt. Briefliche Auskunft erteilen wir nur ganz ausnahmsweise.

St. in Gl. 1. Ihre erste Frage ist zu bejahen. 2. Ihre Besorgnis ist unbegründet. Wir raten Ihnen, nicht zu optieren.

Frau A. G. Sie haben als Erbin die Erbschaftssteuer für Ihren verstorbenen Mann zu entrichten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Poznań.

Im blühenden Alter von 18 Jahren verstarb am Sonntag, dem 11. Dezember, unsere liebe Kollegin

Maria Welling.

Ihr stets zuvorkommendes und liebenswürdiges Wesen sichern ihr bei uns ein bleibendes Andenken.

Die Angestellten
d. Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

Bilanz am 31. Dezember 1920.

Aktiva.

Kassenbestand	Mk.	11 038 35
Geschäftsguthaben bei der Provinzial-Genossenschaftskasse für Posen	„	1 500.—
Bankguthaben bei d. Prov.-Genossenschaftskasse	„	33 223.07
Inventar (Hengste)	„	16 038,96
Summe der Aktiva	Mk.	61 800 38

Passiva.

Geschäftsguthaben der Genossen	Mk.	1 960.—
Reservefonds	„	1 267 31
Betriebsrücklage	„	67 21
Schuld an Genossen	„	2 000.—
Prämiierungsfonds	„	10? 14
Versicherungsfonds	„	56 3?9 72
Summe der Passiva	Mk.	61 8?0 38

Zahl der Genossen am Anfange des Geschäftsjahres 156 mit 196 Anteilen.

Zugang: —. Abgang: —.

Zahl der Genossen am Schlusse des Geschäftsjahres 156 mit 196 Anteilen.

Am Schlusse des Geschäftsjahres betrug die Gesamthaftsumme Mk. 98 000,—.

Kostrzyn, den 8. August 1921.

Pferdezucht-Genossenschaft
Spółka zapisana z ograniczoną odpowiedzialnością
w Kostrzynie.
Hoberg. **Hildebrand.**